



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 3 vom 11.01.2019

Bauernbund: Weitere Brandenburger Kommunen erklären sich zur Wolfsfreien Zone

Dieter Dombrowski: SPD darf praxistauglichem Wolfsmanagement nicht länger im Weg stehen

Immer mehr Gemeinden in Brandenburg erklären sich zu „Wolfsfreien Zonen“, wie der Bauernbund Brandenburgs am Freitag veröffentlichte. Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg bezeichnete diese Entwicklung als Zeichen, dass die geltende Wolfsverordnung nicht in die Realität passe. „Die Willenserklärung der Kommunen ist ein Beleg dafür, dass die SPD in Bund und Land ihre Blockadehaltung gegen ein praxistaugliches Wolfsmanagement endlich aufgeben muss. Anders lassen sich die Konflikte zwischen dem berechtigten Artenschutz und der besonders naturnahen und artgerechten Weidetierhaltung nicht lösen. Wir müssen Präventionsmaßnahmen gegen Wolfsübergriffe fördern, Schäden von Nutztierrißen ausgleichen und dürfen Schutzjagden auf Problemwölfe nicht länger verhindern.“

Es müsse künftig in Deutschland möglich sein, eine bestimmte Anzahl von Wölfen pro Jahr zu schießen, so der CDU-Politiker. Nur so ließe sich der seit Jahren stark zunehmenden Bestand an Wölfen regulieren. Dombrowski forderte daher von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD), den im Bund vereinbarten Koalitionsvertrag umzusetzen. „Die Ministerin muss sich endlich wie vereinbart gegenüber der EU-Kommission für notwendige Bestandsregulierungen beim Wolf einsetzen. In Brandenburg steht Umweltminister Jörg Vogelsänger weiterhin in der Pflicht, den Wolfsmanagementplan zu einem wildbiologischen Fachplan weiterzuentwickeln. Darin sollten einerseits Gebiete ausgewiesen werden, in denen eine aktive Bestandsregulierung und Schutzjagden künftig möglich sind. Andererseits sollte der Plan Areale festlegen, in denen die Vergrämung oder Schutzjagden auf Wölfe unzulässig sind.“